

7. VII. 1918

Groß-Berliner Baufragen.

Der Verbandsausschuß Groß-Berlin, über dessen gestrige Sitzung wir bereits berichteten, beschloß gegen die neue Bauordnung für die Vororte Groß-Berlins Vorstellungen beim zuständigen Minister zu erheben. Während die Verbandskörperschaften in Uebereinstimmung mit der Architektenschaft und der Bauwelt wiederholt darauf hingewiesen haben, daß das sehr verwinkelte Bauordnungswesen Groß-Berlins dringend der Vereinfachung bedürfe, steigert die neue Bauordnung durch die weitere Vermehrung der schon hohen Klassenzahl die Unübersichtlichkeit im Groß-Berliner Baurecht, statt die ersehnte Vereinfachung zu bringen. Da der Regierungspräsident selbst diese Verordnung nur als eine Zwischenmaßregel, nicht als endgültige Reform bezeichnete, so beantragte der Verbandsausschuß, als ihm die neue Verordnung zur Begutachtung vorgelegt wurde, alle Aenderungen an den Grundlagen der Vorortbauordnung bis zu der angestrebten Schaffung des einheitlichen Baurechtes für Groß-Berlin zu vertagen, zumal für letztere bereits vom Minister der öffentlichen Arbeiten eine Kommission eingesetzt worden war. Der Verbandsausschuß hat daher f. Zt. nach sorgfältigen Beratungen den Verordnungsentwurf aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt, stellte vielmehr bei der staatlichen Regierung den Antrag, die Arbeiten für das Groß-Berliner Einheitsbaurecht zu beschleunigen. Um so größeres Erstaunen rief es hervor, daß trotz des wohlbegründeten ablehnenden Gutachtens des Verbandsausschusses der Regierungspräsident die Verordnung in Kraft setzte, ohne daß irgendwelche Verhandlungen zwischen ihm und dem Verband gepflogen worden sind. Es wäre dringend im Interesse Groß-Berlins nötig, wenn die zuständigen Minister dafür Sorge tragen würden, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederholen können.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stimmte der Verbandsausschuß dem Entwurf zu einem nach dem Vorbild des Vertrages mit der „Großen Berliner“ abgeschlossenen Einheitsvertrage mit den Berliner Elektrischen Straßenbahnen (Siemensbahnen) nach eingehender Erörterung ohne Aenderungen zu. Von den Bebauungsplänen, die dem Verbandsausschuß vorlagen, wurden die Pläne für Neukölln, Buckow, Fredersdorf, Altlandsberg und Woltersdorf durch Zustimmung erledigt; nur der Gesamtbebauungsplan für Spandau, östlich der Havel, wurde vertagt.